

## Diskussion

ECKART CONZE

### KONFRONTATION UND DÉTENTE

#### Überlegungen zur historischen Analyse des Ost-West-Konflikts

Die Welt befindet sich im Umbruch. Der Ost-West-Konflikt, der über vier Jahrzehnte die internationale Ordnung, das internationale System und die internationalen Beziehungen dominierte, der aber auch tief in die Staaten und ihre Gesellschaften hineinwirkte, ist zu Ende. Eine „neue Weltordnung“, von US-Präsident George Bush 1990/91 vielfach beschworen<sup>1</sup>, hat sich aus dem Zusammenbruch der alten bisher nicht entwickelt, ja es ist fraglich, ob so rasch eine Ordnung entstehen kann, deren Strukturen ähnlich stabil sind wie diejenigen des Ost-West-Konflikts. In jedem Fall ist die Euphorie aus den ersten Jahren der Dekade längst verfliegen. Sie hat, trotz punktueller Stabilisierungserfolge wie beispielsweise im Zusammenhang mit der Erklärung über die Beziehungen zwischen der NATO und Rußland vom Mai 1997, einem ernüchterten, zum Teil pessimistischen Realismus Platz gemacht. Die Welt der neunziger Jahre ist unübersichtlich und instabil, und hinter vorgehaltener Hand beschwört heute manch einer die Stabilität und Übersichtlichkeit des internationalen Systems in den gut vier Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die aktuellen Bemühungen um ein tragfähiges Sicherheitssystem für die Zukunft rechtfertigen selbstverständlich auch den Blick in die Geschichte, die historische Analyse vergangener Sicherheitsordnungen. So haben unter anderem die gegenwärtigen sicherheitspolitischen Diskussionen Andreas Wenger veranlaßt, in seinem Aufsatz „Der lange Weg zur Stabilität“ danach zu fragen, wie sich die europäische Sicherheitsordnung der Nachkriegszeit herausbildete und stabilisierte<sup>2</sup>. Eine so motivierte Untersuchung wird freilich dann problematisch, wenn sie vor dem Hintergrund der Komplexität der Gegenwart und der Ratlosigkeit der Politiker ein allzu glattes und einseitiges Bild der Vergangenheit entwirft. Die These Wengers, daß seit Beginn der sechziger Jahre eine amerikanisch-sowjetische Interessenskongruenz in der deutschen und der nuklearen Frage Europa Stabilität, ja Frieden gebracht habe, ist ohne die Unübersichtlichkeit der internationalen Ordnung der neunziger Jahre nicht zu verstehen, und sie ist insofern ganz typisch für eine

<sup>1</sup> Vgl. insbesondere die Rede von George Bush vor dem Kongreß zum Ende der Golf-Krise vom 6.3. 1991, Auszüge zur „Neuen Weltordnung“, abgedruckt in: Europa-Archiv (EA) 46 (1991), S.D 218–220; des weiteren die Rede Bushs zur „Neuen Weltordnung“ auf dem Luftwaffenstützpunkt Maxwell (Alabama) vom 13.4. 1991, Auszüge abgedruckt in: Ebenda, S.D 254–258; vgl. auch Bushs Botschaft zur Lage der Nation vom 29.1. 1991, abgedruckt in: Ebenda, S.D 119–125, vor allem S.124f.

<sup>2</sup> Andreas Wenger, Der lange Weg zur Stabilität: Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status quo in Europa, in: VfZ 46 (1998), S. 69–99, hier S.69.

VfZ 46 (1998)

© Oldenbourg 1998

Studie zur Geschichte der internationalen Beziehungen im Ost-West-Konflikt aus der Zeit nach seinem Ende.

Die Entstehung der amerikanisch-sowjetischen Interessenübereinstimmung schreibt Wenger einem „Verständigungsprozess zwischen Kennedy und Chruschtschow“ zu, und dieser steht im Zentrum seiner Analyse. Der amerikanische Präsident und der sowjetische Parteichef hätten bis 1963 einen informellen Accord in den Kernfragen der europäischen Sicherheit erzielt: in der deutschen und in der nuklearen Frage. Moskau habe den territorialen Status quo in Mitteleuropa akzeptiert, sprich: die deutsche Teilung und die Präsenz der USA in Westeuropa, Washington im Gegenzug darauf verzichtet, der Bundesrepublik Deutschland Verfügungsgewalt über nukleare Waffen einzuräumen. Auf diese einfache, zu einfache Formel bringt Wenger den amerikanisch-sowjetischen Interessenausgleich, und er sieht in diesem Quid pro quo zugleich die Grundlage der Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre.

Wengers Untersuchung setzt mit Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom November 1958 ein, dem Beginn der zweiten Berlin-Krise. Den sowjetischen Druck auf Berlin betrachtet Wenger so gut wie ausschließlich als Reaktion auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen. Von der Administration Eisenhower seien „sowjetische Klagen über den deutschen Militarismus und die Gefahr einer nuklearen Bundeswehr nicht als Symptome echter sowjetischer Sicherheitsinteressen“ wahrgenommen worden<sup>3</sup>. Dies habe erst die Regierung Kennedy getan und entsprechend die amerikanische Nuklearstrategie verändert. Die erneute sowjetische Pression auf Berlin im Sommer 1961 erklärt Wenger nunmehr mit der Überzeugung Moskaus, Kennedy sei ein schwacher Präsident und Washington verfüge insbesondere nach dem Schweinebucht-Debakel weder über die Fähigkeit noch den Willen zu einer harten Vorgehensweise. Das Nuklearisierungsargument bezüglich der Bundesrepublik taucht nicht mehr auf. Nach Wenger waren die Monate zwischen dem Mauerbau und der Kuba-Krise gekennzeichnet durch einen amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus, der, von der Berlin-Problematik ausgehend, schließlich zu der beiderseitigen Erkenntnis geführt habe, daß eine Lösung der Spannungen am besten auf der Basis des territorialen *und* nuklearen Status quo erreicht werden könne. Die Kuba-Krise habe diesen Stabilisierungsimperativ dann noch einmal drastisch verstärkt. Anfang der sechziger Jahre sei, so das Resümee des Aufsatzes, die konfrontative Phase des Kalten Krieges in eine Periode der Entspannung übergegangen, befördert durch die entstehende amerikanisch-sowjetische Interessenkongruenz in der deutschen und der nuklearen Frage. Die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems habe zu strukturellen Veränderungen des internationalen Systems geführt, die schließlich in der strategischen Wende der Jahre 1989/91 und dem Ende des Kalten Krieges kulminiert seien.

Wengers Darstellung beruht auf zwei unausgesprochenen Grundannahmen: Zum einen setzt er sicherheitspolitische Stabilität und Frieden gleich. Dies wirft die Frage nach dem Friedensbegriff auf, den er verwendet. Zum anderen reduziert er – und erst dies ermöglicht es ihm, eine gerade Linie zwischen den Jahren 1961/62 und 1989/91 zu ziehen – den Ost-West-Konflikt insgesamt auf seine rein machtpolitische Dimension. Die folgende Auseinandersetzung mit den Thesen Wengers wird zunächst auf diese prinzipiellen Probleme eingehen, bevor sie sich, in einem zweiten Schritt, mit den konkreten Argumenten des Beitrags beschäftigt. Am Ende wird schließlich kurz auf die Frage einzugehen sein,

<sup>3</sup> Ebenda, S. 77.

ob tatsächlich eine direkte Entwicklung der internationalen Politik von den sechziger Jahren bis 1989/91 führte, ob der Zusammenbruch der durch den Ost-West-Gegensatz gekennzeichneten internationalen Ordnung wirklich allein aus den Veränderungen in den sechziger Jahren zu erklären ist.

### „Kalter Krieg“ und „Langer Frieden“

„Paix impossible, guerre improbable“ – „Frieden unmöglich, Krieg unwahrscheinlich“, so beschrieb Raymond Aron schon sehr früh ein Grundcharakteristikum der Ost-West-Beziehungen nach 1945<sup>4</sup>. Diesem, wenn auch schlagwortartigen Befund liegt ganz offensichtlich ein anderer Friedensbegriff zugrunde als der Analyse Wengers, der nicht nur über die sicherheitspolitischen Grundlagen spricht, die im Europa der sechziger Jahre den Frieden sicherten, sondern – noch viel weiter – die Zeit zwischen 1945 und 1990 als „eine lange Epoche des Friedens“ betrachtet<sup>5</sup>. Frieden ist hier ganz offensichtlich die Abwesenheit von Krieg, und Wenger macht diese zum Definiens der Epoche. Doch bereits die Verwendung des Begriffs „Kalter Krieg“ in der zeitgenössischen Sprache deutet auch andere Interpretationsmöglichkeiten an. Man muß nicht, wie jüngst Eric Hobsbawm unter Bezug auf Thomas Hobbes, den Kalten Krieg als den Dritten Weltkrieg bezeichnen<sup>6</sup>. Aber wer den Terminus „Frieden“ wissenschaftlich verwenden will, der kommt an einer klaren Begriffsbestimmung nicht vorbei. So schwer es ist, einen wissenschaftlich brauchbaren Friedensbegriff zu entwickeln<sup>7</sup>, so sehr ist gerade auch ein Historiker, der sich mit den internationalen Beziehungen im Ost-West-Konflikt beschäftigt, auf präzise Definitio-

<sup>4</sup> Erstmals taucht diese Wendung auf in dem Leitartikel „Stupide résignation“ in: *Le Figaro* vom 21./22. 9. 1947, Wiederabdruck in: Raymond Aron, *Les articles de politique internationale dans le Figaro de 1947 à 1977*, Bd. 1: *La guerre froide* (Juin 1947 à mai 1955), hrsg. von Georges-Henri Soutou, Paris 1990, S. 47–50, hier S. 49. Vgl. auch das Kapitel mit genau dieser Überschrift, basierend auf dem *Figaro*-Leitartikel, in: Ders., *Le Grand Schisme*, Paris 1948.

<sup>5</sup> Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S. 69.

<sup>6</sup> Vgl. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 286. Das Hobbes-Zitat lautet: „Krieg besteht nicht nur aus Schlachten oder Kampfhandlungen, sondern auch aus einer Zeitspanne, in der der Wille, sich zu bekriegen, ausreichend vorhanden ist.“ Vgl. aber beispielsweise auch die Interpretation von Gregor Schöllgen, *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991*, München 1996, S. 464: „In diesem 20. Jahrhundert hat die Menschheit nicht nur zahllose Krisen, Katastrophen und Revolutionen durchlebt und überlebt, sondern auch hunderte von regionalen und drei globale Kriege: den Ersten (1914–1918) und den Zweiten Weltkrieg (1939–1945) sowie den Dritten – den Kalten Krieg (1941–1991). Wie der Erste und der Zweite hat er alle Bereiche des politischen, militärischen, wirtschaftlichen, aber auch des sozialen Lebens erfaßt und der Menschheit zudem die Möglichkeit ihrer eigenen Vernichtung vor Augen geführt. Kein Volk, kein Staat auf dem Planeten ist von den Wirkungen dieses Dritten Krieges unberührt geblieben.“ Vgl. im Gegensatz hierzu aber auch den aus der Systemstabilität und der Absenz von Großmachtkriegen abgeleiteten Begriff „Long Peace“, den John L. Gaddis zur Charakterisierung der internationalen Beziehungen nach 1945 verwendet. Vgl. John L. Gaddis, *The Long Peace. Inquiries Into the History of the Cold War*, New York/Oxford 1987.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu Ernst-Otto Czempel, *Friedensstrategien. Systemwandel durch Internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft*, Paderborn u. a. 1986, vor allem S. 25.

nen und den Rückgriff auf theoretische Instrumentarien, beispielsweise aus der politikwissenschaftlichen Nachbardisziplin, angewiesen. Löst man sich von dem „negativen“ Friedensbegriff, der Frieden schlicht als Nicht-Krieg definiert, so wird man unter anderem, jenseits der Absenz von Krieg (im Sinne der Anwendung militärischer Gewalt), den Ersatz von Krieg durch andere, nicht-gewaltsame Austragungsmodi zur Lösung von Konflikten in einem internationalen System als Frieden bestimmen können<sup>8</sup>. Wenn man einer übergreifenden oder auch einer segmentären historischen Analyse des Ost-West-Konflikts diese Begriffsbestimmung von Frieden zugrundelegt, wird man die Dekaden des Ost-West-Konflikts nach 1945 weder in ihrer Gesamtheit noch in einzelnen Zeitabschnitten ohne weiteres als Friedensjahre bzw. -jahrzehnte bezeichnen können.

In jedem Falle führt die Gleichsetzung von sicherheitspolitischer Stabilität und Frieden zu einem verzerrten historischen Bild mit politisch nicht unbedenklichen Folgen. Dieses Argument gewinnt an Gewicht in Anbetracht des Erkenntnisinteresses von Wenger, welches – zumindest implizit – von aktuellen politischen Überlegungen determiniert ist<sup>9</sup>. Mit Hilfe des von Czempiel verwandten Friedensbegriffs läßt sich eine prozeßhafte Entwicklung von Krieg zu Frieden entfalten, in der Fortschritte in Richtung Frieden in erster Linie durch den Rückgang von militärischer Gewaltanwendung oder deren Androhung festzumachen sind. Die sechziger Jahre können dafür als Exempel dienen, denn es ist unbestreitbar, daß auf der „Friedensskala“ die weitgehend normalisierten Beziehungen zwischen den Staaten Westeuropas unter Einschluß der Bundesrepublik Deutschland anders zu verorten sind als die Beziehungen zwischen USA und Sowjetunion. Letztere standen noch immer ganz eindeutig unter dem Dominat des Militärischen. Gerade die Entspannungspolitik der sechziger Jahre, deren Genese das Zentrum des Aufsatzes von Wenger bildet, war keine Ablösung dieses Dominats, sondern ein Versuch, in der machtpolitischen Konkurrenz andere Formen des Konfliktaustrags zu schaffen, beispielsweise durch handelspolitische Maßnahmen. Die entscheidende Moderierung und Steuerung des nach wie vor andauernden Machtkonflikts aber vollzog sich durch die Stabilisierung der – nuklearen – Abschreckung. Rüstung endete nicht, sondern Rüstungswettläufe wurden lediglich konsequent kanalisiert. Rüstungskontrolle und nicht Rüstungsbegrenzung oder gar Abrüstung charakterisierten die Entspannungspolitik bis in die siebziger Jahre. Im übrigen blieb die Gefahr, daß sich die Trends umkehren könnten, bestehen, und die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen seit Mitte der siebziger Jahre belegt, wie leicht der Friedensprozeß reversibel war, solange er noch durch Militär, Rüstung und Gewaltandrohung determiniert blieb<sup>10</sup>.

Wengers These, daß „erst die Herausbildung einer amerikanisch-sowjetischen Interessenkongruenz in der deutschen und in der nuklearen Frage (...) zu einer Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung“ führte<sup>11</sup>, ist deshalb zu relativieren. Geht man von einem umfassenden Konfliktverständnis aus, das den Ost-West-Konflikt nicht eindimensional, beispielsweise als rein machtpolitische Auseinandersetzung, begreift, sondern als seine Konstitutiva die entgegengesetzten, unvereinbaren Hauptmerkmale kommunistischer und liberal-demokratischer Ordnung im innergesellschaftlichen und im internationalen Bereich sieht, dann wird man aus partiellen Interessenüberschneidungen, beispiels-

<sup>8</sup> Vgl. ebenda, S.35f.

<sup>9</sup> Vgl. Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S.69.

<sup>10</sup> Zum „Kontinuum des Friedensprozesses“ vgl. Czempiel, *Friedensstrategien*, S.49–51.

<sup>11</sup> Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S.70.

weise in der nuklearen Frage, nicht ohne weiteres allgemeine Übereinstimmung ableiten. Dieses weite Verständnis des Ost-West-Konflikts zugrundegelegt, war Konfliktregulierung, nicht Konfliktüberwindung das Ziel der Entspannungspolitik (im Sinne einer Spannungssenkungspolitik) der sechziger Jahre<sup>12</sup>, einer Politik, die allein auf der machtpolitischen Ebene ansetzte. Der Konfliktkern hingegen blieb unverändert: Entspannung bedeutete weder ost-westliche Konvergenz noch ost-westliches Kondominium<sup>13</sup>. Auch minderte der Détente-Prozess nicht den Status der westeuropäischen Allianzpartner der USA, der Allianzzusammenhalt war vielmehr eine seiner Voraussetzungen. Der Konsolidierungsgrad der NATO, wie er um 1955 insbesondere mit dem Beitritt der Bundesrepublik und Italiens erreicht wurde, machte Entspannungsschritte, die ja zu keinem Zeitpunkt die Auflockerung der NATO oder des Warschauer Pakts anvisierten, erst möglich. „Allianzpolitische Stabilisierung“, so stellte Werner Link schon 1980 fest, „erwies sich als eine Grundbedingung der politischen Entspannung“<sup>14</sup>. Link charakterisiert die Entspannungspolitik zu Recht als eine „Mischung aus kooperativ-integrativen und konfrontativ-regressiven Elementen der Konfliktregulierung“, als „zweiten Versuch einer antagonistischen Kooperation“<sup>15</sup>. „Agree to disagree“ lautete der gemeinsame Nenner. Es bedurfte also weniger des nuklearen Konsenses, um das europäische Sicherheitssystem zu stabilisieren, um den machtpolitischen Gegensatz zu entschärfen, sondern vielmehr der verfestigten Polarisierung, wie sie ihren Ausdruck in der Konsolidierung von NATO und Warschauer Pakt und vor allem in der Einbeziehung von Bundesrepublik und DDR in das jeweilige Bündnis fand. Der Beginn der Kuba-Krise zeigt jedenfalls deutlich, daß das nukleare Kräfteverhältnis zu Beginn der sechziger Jahre durchaus destabilisierende Wirkung hatte<sup>16</sup>, obwohl nach Ausbruch der Krise die politische Funktion nuklearer Waffen in ihrer eskalationsverhindernden und disziplinierenden Wirkung lag<sup>17</sup>.

Mit Blick auf die historische Bewertung der Entspannungspolitik der sechziger Jahre wird aber auch deutlich, wie wichtig eine präzise Begriffsbildung ist. Die Détente, von der Eisenhower-Administration punktuell bereits bei den Gipfeln von Genf 1955, von Camp David 1959 und von Paris 1960<sup>18</sup> angestrebt, wurde ab 1963, also erst nach Ende

<sup>12</sup> Vgl. hierzu Ernst-Otto Czempiel, Zum theoretisch-methodischen Ansatz der Analyse des Ost-West-Konflikts, in: Werner Link (Hrsg.), Die neueren Entwicklungen des Ost-West-Konflikts. Konstanten und Veränderungen, Köln u. a. 1984, S. 29–33, vor allem S. 31.

<sup>13</sup> Vgl. Werner Link, Die neueren Entwicklungen des Ost-West-Konflikts – Konstanten und Veränderungen, in: Ders., Die neueren Entwicklungen, S. 3–18, hier S. 17.

<sup>14</sup> Werner Link, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. 1988, S. 201.

<sup>15</sup> Nach dem ersten Versuch in Form der Anti-Hitler-Koalition während des Zweiten Weltkriegs. Vgl. ebenda, S. 168.

<sup>16</sup> Wenger räumt dies zwar explizit ein, löst aber den Widerspruch zu seiner These von der stabilisierenden Funktion der nuklearen Frage nicht auf.

<sup>17</sup> Zur Kuba-Krise vor allem: On the Brink. Americans and Soviets Reexamine the Cuban Missile Crisis, hrsg. von James G. Blight und David A. Welch, New York 1990; James G. Blight/Bruce J. Allyn/David A. Welch, Cuba on the Brink. Castro, the Missile Crisis, and the Soviet Collapse, New York 1993; Raymond Garthoff, Reflections on the Cuban Missile Crisis, Washington 1989; McGeorge Bundy, Danger and Survival. Choices about the Bomb in the First Fifty Years, New York 1988, S. 391–462.

<sup>18</sup> Zu den bilateralen sowie den Vierergipfeln der Eisenhower-Jahre vgl. Michael Jochum, Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955–1960, Paderborn 1996.

der Kuba-Krise, von der Regierung Kennedy systematisch betrieben<sup>19</sup>. Die entspannungs- politischen Maßnahmen von 1963 – vom Limited Test Ban Treaty über die Einrichtung eines „heißen Drahtes“ bis hin zu einem amerikanisch-sowjetischen Getreidehandelsge- schäft im Werte von 65 Millionen Dollar – führten allesamt zu einem eher kooperativ- konfliktierenden Bilateralismus, zu einer neuen Austragungsform des Ost-West-Konflikts, nicht aber zum Ende der Konfrontation. Diese blieb in ihrem ordnungspolitischen und ideologischen Kern bestehen, welcher sich erst infolge der revolutionären Umbrüche am Ende der achtziger Jahre auflöste.

Wer das Ende des Ost-West-Konflikts analysieren und erklären will, muß zunächst die immer wieder und besonders auch in der politischen Alltagssprache anzutreffende irreführende Gleichsetzung von Ost-West-Konflikt und Kaltem Krieg aufgeben<sup>20</sup>. Der Kalte Krieg war nichts anderes als eine spezifische Variante des Ost-West-Konflikts, welcher als ordnungspolitischer und ideologischer Gegensatz bereits 1917 entstanden war<sup>21</sup>. Die konfrontative Regulierung dieses Konflikts, die noch während, vor allem aber seit Ende des Zweiten Weltkriegs einsetzte und auf dem machtpolitischen Antagonismus zwischen USA und UdSSR beruhte, begründete den Kalten Krieg als *eine* Phase des Ost-West-Konflikts. Gekennzeichnet war diese Phase insbesondere durch die Militarisierung der Beziehungen zwischen West und Ost wie auch durch die Entstehung der amerikanischen und der sowjetischen Suprematie im internationalen System. Legt man diese Betrachtungsweise zugrunde, so endete der Kalte Krieg mit der Entspannungspolitik der späten sechziger und der siebziger Jahre, deren Genese freilich schon Ende der fünfziger Jahre einsetzte. An die Stelle regressiv-konfrontativer Konfliktregulierung traten integrativ-ko- operative Austragungsmodi<sup>22</sup>, die allerdings weder die grundsätzliche Abgrenzung außer Kraft setzten, noch restlos alle Strukturen des Kalten Krieges aufhoben. Ganz im Gegen- teil: Sie gaben der UdSSR zum einen die Möglichkeit zur machtpolitisch-ideologischen Expansion in Bereiche, die bislang vom Ost-West-Konflikt nicht oder nur am Rande erfaßt worden waren, insbesondere in den Staaten der „Dritten Welt“. Zum anderen wur- den sie begleitet von Moskaus zunehmender ideologisch-propagandistischer Unterstür-

<sup>19</sup> Vgl. hierzu Amitai Etzioni, Das Kennedy-Experiment, in: Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), Frie- densforschung, Köln 1970, S. 393–412.

<sup>20</sup> Es sei konzediert, daß allgemein anerkannte wissenschaftliche Definitionen dieser Termini nicht existieren. Dies entbindet den Historiker jedoch nicht von der Aufgabe, seine Begriffsverwendung klarzulegen und zu bestimmen. Der Verfasser selbst folgt vor allem den Interpretationsansätzen von Link, Ost-West-Konflikt. Vgl. auch Hans-Peter Schwarz, Die Ost-West-Spannungen als Ori- entierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, in: Ders. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Au- ßenpolitik, München 1976, S. 465–479; Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kal- ten Krieges 1941–1955, München 1990, S. 343–351.

<sup>21</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch die begrifflichen Überlegungen bei Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, vor allem Kap. 1: Der Kalte Krieg – ein problematischer Be- griff. Dort findet sich auch die weitestgehende Definition des Kalten Krieges als „ideologisch- machtpolitischer Kampf um die künftige Gestalt einer einheitlichen Welt seit 1917 und ansatzwei- se 1776 auf unabsehbare Zeit zwischen mehreren militanten Universalismen, von denen jeder im Besitz mindestens eines Großstaates ist“, ebenda, S. 39. Vgl. hierzu auch Anselm Doering-Man- teuffel, Ernst Noltes „Deutschland und der Kalte Krieg“ im zeitgenössischen Kontext der frühen siebziger Jahre, in: Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, hrsg. von Thomas Nipperdey u. a., Berlin 1993, S. 315–329.

<sup>22</sup> Vgl. Link, Ost-West-Konflikt, S. 168–179.

zung pro-östlicher Interessengruppen in den westlichen Gesellschaften. Davon abgesehen blieben insbesondere die im und durch den Kalten Krieg geprägten militarisierten Beziehungsstrukturen des Ost-West-Konflikts erhalten.

Es wäre in diesem Zusammenhang zu diskutieren, ob die Verschlechterung der ost-westlichen Beziehungen seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Bezeichnung „zweiter Kalter Krieg“ verdient, bevor die Politik Gorbatschows nicht nur zu einer neuen, umfassenden Détente führte, sondern gleichzeitig durch das Bemühen um wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen das Ende des Ost-West-Konflikts einleitete. Der These, wonach die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems in den frühen sechziger Jahren gewissermaßen den Anfang vom Ende des Kalten Krieges markierte<sup>23</sup>, wäre also nur dann zuzustimmen, wenn man sie auf den Kalten Krieg als die konfrontativ-regressive Phase des Ost-West-Konflikts zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Mitte der sechziger Jahre bezöge. Der Kalte Krieg, nicht der Ost-West-Konflikt insgesamt, war in seinem Kern ein Machtkonflikt. Er wurde in seiner Brisanz durch die sicherheitspolitischen Maßnahmen der Détente-Politik entschärft, wenn auch nicht völlig beendet. Direkte Linien von diesen Maßnahmen, also von der Überführung des Ost-West-Konflikts in einen anderen Aggregatzustand, zu seinem Ende 30 Jahre später lassen sich nicht ziehen. Sie unterschlagen das, was man als „zweiten Kalten Krieg“ bezeichnen könnte, und sie reduzieren vor allem den Ost-West-Konflikt auf seine macht- und sicherheitspolitische Dimension. Eine präzise Bestimmung und Unterscheidung der Termini „Ost-West-Konflikt“ und „Kalter Krieg“ hätte der Analyse größere Schärfe verliehen.

#### Der Status quo der Teilung: Entwicklung und Festigung zwischen 1955 und 1963

Auch wenn eine Untersuchung der sechziger Jahre mit großer Gewißheit keine konkreten Lehren für Gegenwart oder Zukunft bereithält, gerade weil die entstehende Détente allenfalls einen Schritt in Richtung Frieden bedeutete und ansonsten den Zustand des permanenten Nicht-Kriegs stabilisierte, bedürfen die Rahmenbedingungen und Gründe der Entspannungspolitik genauer historischer Analyse. Den Jahren zwischen 1955 und 1963 kommt eine zentrale Bedeutung in der Geschichte des Ost-West-Konflikts zu, insbesondere als Zeit des Übergangs vom Kalten Krieg zum kooperativ-konfligierenden Bilateralismus der sechziger und siebziger Jahre. Entscheidende Voraussetzung für die Modifizierung der Formen des Konfliktaustrags war dabei, was auch Wenger betont, die Anerkennung des geopolitischen Status quo, bezogen vor allem auf Deutschland und Europa. Sie resultierte primär aus der Einsicht in die extremen Risiken eines jeden Versuchs, diesen Status quo, das heißt also: die Teilung Deutschlands und Europas, so wie sie sich seit 1945/49 herausgebildet hatte, gewaltsam zu verändern. Besonders augenfällig wurde dies mit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961. Doch nicht ex post factum, wie es Wengers Aufsatz suggeriert<sup>24</sup>, fanden sich die USA als die westliche Führungsmacht mit dem Mauerbau ab und akzeptierten damit implizite den Status quo in Berlin, Deutschland und Europa, sondern bereits vor dem 13. August 1961, und als Ergebnis harter intradministrativer Ausein-

<sup>23</sup> Vgl. Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S. 99.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 81 f.

andersetzungen in Washington<sup>25</sup> hatte US-Präsident Kennedy mit seinen „Three Essentials“ der sowjetischen Führung die amerikanische Position signalisiert, welche die Erhaltung des Status quo zur Maxime erhob. Die vergleichsweise unaufgeregte und alles andere als eskalierend wirkende Reaktion der US-Regierung auf die Berliner Ereignisse belegt das frühe unausgesprochene Einvernehmen zwischen den beiden Supermächten.

Freilich hatte sich diese Übereinstimmung nicht erst seit Amtsantritt von Präsident Kennedy im Januar 1961 abgezeichnet. Schon in den letzten Jahren der Eisenhower-Administration wichen die konfrontativen Konfliktmuster des Kalten Krieges, wenn auch nur in Ansätzen, Schritt für Schritt und immer wieder von Rückfällen unterbrochen, einer zumindest partiellen Interessenkoinzidenz zwischen USA und UdSSR. Das begann bereits mit dem Genfer Vierergipfel von 1955. Dieser scheiterte zwar, markierte aber dennoch Möglichkeiten und Grenzen ost-westlicher Übereinkünfte vor allem in der Deutschlandfrage und der Frage der europäischen Sicherheit und fror zudem, gerade durch sein Scheitern und die Ergebnislosigkeit der sich ihm anschließenden Außenministerkonferenz, den territorialen Status quo in Europa ein<sup>26</sup>. „Roll back“ blieb Rhetorik, und mit dem Jahr 1955, der Einbindung der Bundesrepublik in die NATO und der Aufnahme der DDR in den Warschauer Pakt, endeten auch die Moskauer Bemühungen, durch gesamtdeutsche Initiativen – wie insbesondere 1952 – die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Während der Ungarnaufstand 1956 unterstrich, daß die Washingtoner Führung nicht an Maßnahmen im Sinne eines „Roll back“ dachte, ließ die Suez-Krise gleichzeitig die Konturen eines Supermachtcondominiums hervortreten, das in diesem Falle zu Lasten der europäischen Mittelmächte Großbritannien und Frankreich ging. Doch weder Paris noch London zogen aus dem Debakel von Suez die Lehre, eine stärker national orientierte Politik zu betreiben<sup>27</sup>. Hatte nicht gerade die Krise gezeigt, daß die Bipolarisierung der internationalen Beziehungen im Zeichen des Ost-West-Konflikts nationale Alleingänge im Stile der nationalen Machtpolitik des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ausschloß? Während Großbritannien in der Folgezeit seine Außenpolitik noch stärker an der Prämisse der „special relationship“ mit den USA orientierte – und dies insbesondere im Nuklearbereich –, verfolgte das Frankreich der IV. Republik, ebenfalls hauptsächlich auf nuklearem Sektor, eine Politik der gegen die Dominanz der USA gerichteten Europäisierung. In diesem Kontext stehen die Gründung von Euratom und das Projekt einer trilateralen französisch-italienisch-deutschen Nuklearkooperation<sup>28</sup>.

<sup>25</sup> Siehe hierzu Adrian W. Schertz, Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons. Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung, Köln 1992, S. 51–150.

<sup>26</sup> Vgl. hierzu den Sammelband von Günter Bischof/Saki Dockrill (Hrsg.), The Dawn of Détente: The Geneva Summit of July 1955, New Orleans 1998 (i. E.).

<sup>27</sup> So die Argumentation bei Wenger, Der Lange Weg zur Stabilität, S. 74.

<sup>28</sup> Zu Euratom vgl.: Peter Weilemann, Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft, Baden-Baden 1983. Zu der trilateralen Nuklearkooperation vgl. Colette Barbier, Les négociations franco-germano-italiennes en vue de l'établissement d'une coopération militaire nucléaire au cours des années 1956–1958, in: Revue d'histoire diplomatique 104 (1990), S. 81–113; Eckart Conze, La coopération franco-germano-italienne dans le domaine nucléaire dans les années 1957–1958, in: Ebenda, S. 115–132; Leopoldo Nuti, Le rôle de l'Italie dans les négociations trilatérales 1957–1958, in: Ebenda, S. 133–156; Peter Fischer, Das Projekt einer trilateralen Nuklearkooperation. Französisch-deutsch-italienische Geheimverhandlungen 1957/58, in: Historisches Jahrbuch 112 (1992), S. 143–156. Neuerdings auch: Georges-Henri Soutou, L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996, Paris 1996, S. 55–121.

Erst unter de Gaulle verbanden sich seit 1958 die Europäisierungsbestrebungen mit anti-amerikanischen Zügen und einer dezidiert nationalen Politik, der die europäische Integration oder auch die deutsch-französische Partnerschaft eher Mittel waren als Ziele<sup>29</sup>.

Der sogenannte Sputnik-Schock von 1957 leitete das Ende der amerikanischen nuklearen Superiorität ein. Es hatte sich gezeigt, daß die Sowjetunion nun über ballistische Trägersysteme interkontinentaler Reichweite verfügte und damit das nordamerikanische Territorium verwundbar wurde. Dies war in der Tat ein entscheidender Auslöser für ein konzeptionelles politisches und strategisches Nachdenken, das später in die Entspannungspolitik der sechziger Jahre mündete. Der Schock war aber nicht der alleinige Auslöser der amerikanisch-sowjetischen Annäherung. Wenger führt aus diesem Grunde als zweiten entspannungsauslösenden Faktor, als zweiten Pfeiler der sowjetisch-amerikanischen Interessenskongruenz die Übereinstimmung in der deutschen Frage ins Feld<sup>30</sup>. Dabei meint Konsens in der deutschen Frage für Wenger nichts anderes, als daß beide, USA und Sowjetunion, ein nukleares Deutschland und eine westdeutsche Teilhabe am amerikanischen Nuklearpotential ablehnten<sup>31</sup>. Diese These läßt sich zum einen mit dem Verweis auf amerikanische Initiativen in Richtung westdeutscher bzw. westeuropäischer Nuklearpartizipation, vom sogenannten Norstad-Plan 1959 über den Herter-Plan von 1960 bis hin zum Vorschlag einer Multilateral Force (MLF), bestreiten<sup>32</sup>. Während die ersten beiden Vorstöße primär nukleare Alleingänge Frankreichs sowie die Entstehung eines unabhängigen nuklearen Entscheidungszentrums in Paris verhindern sollten, diente das MLF-Konzept, bereits 1961 ventiliert und 1963 revitalisiert, dazu, nukleare Entscheidungen in Washington zu zentralisieren und westdeutsche Nuklearambitionen zu kanalisieren. Vor allem sollte die MLF die Bundesregierung gegenüber französischen Nuklearofferten immunisieren, welche man in Washington durchaus für möglich hielt<sup>33</sup>. Zum anderen aber wird in Wengers Sichtweise die vielschichtige deutsche Frage, die für ihn konstitutiv ist für die amerikanisch-sowjetische Annäherung, letztlich zu einem Teil der nuklearen Frage gemacht. Ein solcher „nuklearer Reduktionismus“<sup>34</sup> nach dem Muster: „Because everything may be destroyed by the bomb, everything may be explained by it“<sup>35</sup>, kann jedoch weder der Komplexität internationaler Beziehungen im Ost-West-Konflikt gerecht werden, noch kann er konkrete Entwicklungen wie beispielsweise die Berlin-Krise 1958–61 hinreichend verständlich machen.

Bereits Marc Trachtenberg, auf den sich Wenger bezieht, hat Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom November 1958 nahezu monokausal mit dem Bestreben der sowjetischen Führung erklärt, die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen zu verhindern<sup>36</sup>. Selbst wenn man rein machtpolitisch argumentiert, wird man indes den

<sup>29</sup> Vgl. Eckart Conze, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995, S. 63–120.

<sup>30</sup> Vgl. Wenger, Der lange Weg zur Stabilität, S. 69f.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 71.

<sup>32</sup> Vgl. hierzu Christoph Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1993.

<sup>33</sup> Vgl. ebenda, S. 71–87 und S. 102–117; vgl. auch Conze, Gaullistische Herausforderung, S. 276–294.

<sup>34</sup> Vgl. hierzu Link, Die neueren Entwicklungen, S. 3.

<sup>35</sup> Leon Wieseltier, The Great Nuclear Debate, in: The New Republic, 10./17. 1. 1983, S. 12, zit. nach: Link, Die neueren Entwicklungen, S. 3.

<sup>36</sup> Vgl. Marc Trachtenberg, The Berlin Crisis, in: ders., History and Strategy, Princeton 1991, S. 169–234; vgl. Wenger, Der lange Weg zur Stabilität, S. 73.

sowjetischen Druck auf Berlin auch mit den geostrategischen Interessen der UdSSR in Verbindung bringen müssen, mit dem Interesse, den Status quo in Berlin und damit in Deutschland zu eigenen Gunsten zu verändern. Auch war die Stabilisierung der DDR eine wichtige Motivation für Moskaus Berlin-Politik dieser Jahre. Wenn es der Sowjetunion nur darum gegangen wäre, die Nuklearisierung der Bundeswehr zu verhindern, welchen Sinn hätte dann beispielsweise die Drohung mit einem separaten Friedensvertrag mit der DDR gemacht? Wenger wendet sich zwar an mehreren Stellen seines Beitrags dagegen, das sich abzeichnende nukleare Gleichgewicht als Stabilisierungsfaktor überzubewerten, dennoch sind seine eigenen Ausführungen von dieser Konzentration auf das Nukleare nicht völlig frei.

Auch wenn die zentrale Bedeutung der nuklearen Frage und insbesondere des nuklearen Kräfteverhältnisses zwischen der Sowjetunion und den USA für Verlauf und Regulierung des Ost-West-Konflikts nach 1945 und damit auch für die Entwicklung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik nicht zu bestreiten ist, bietet der nukleare Faktor dennoch nicht den Passepartout für eine historische Analyse amerikanischer oder sowjetischer Politik. Im Zusammenhang mit der Frage nach den Motiven des Chruschtschow-Ultimatums von 1958 wurde darauf bereits hingewiesen. In diesem Sinne reicht auch der Verweis auf sicherheits- und militärpolitische Argumente allein nicht hin, um die amerikanische Unterstützung der europäischen Integration zu erklären<sup>37</sup>. Natürlich spielten solche Überlegungen in den langfristigen Konzeptionen insbesondere der Truman- und der Eisenhower-Administration eine Rolle. Ihr Gewicht war indes nicht groß genug, um alle anderen Erwägungen zu überwölben, wie es Wengers Beitrag suggeriert. Die sicherheitspolitische Engführung verstellt hier den Blick auf grundlegende Prämissen amerikanischer Europapolitik nach 1945. Angesichts ihrer Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit und als Reaktion auf die machtpolitische Herausforderung durch die Sowjetunion seit Ende des Zweiten Weltkriegs machten die USA unmittelbar nach 1945 die europäische Einigung zu einer zentralen außenpolitischen Maxime<sup>38</sup>. Die Vereinigten Staaten konnten von der Integration Europas „aufgrund ihrer strukturellen Überlegenheit eine Ausdehnung ihrer nationalen Einflußchancen, die Entlastung von Sicherheitskosten und damit eine Erweiterung ihrer globalen Handlungsfreiheit“ erwarten<sup>39</sup>. Darüber hinaus ließ sich die Truman-Administration von der Überzeugung leiten, daß der Fortbestand einer „dynamischen Wirtschaft“ in den USA den Wiederaufbau der europäischen Handelspartner und deren Eingliederung in ein multilaterales Welthandelssystem erforderlich mache<sup>40</sup>. Strategische Überlegungen in der Anfangsphase des Kalten Krieges gesellten sich den politischen und wirtschaftlichen Argumenten hinzu: „American policymakers viewed European markets, sources of supply, manpower resources, and industrial capacity as strategic assets that must not be controlled by a hostile power or coalition.“<sup>41</sup> Dieses Integrationskonzept wohnte bereits dem Marshall-Plan des Jahres 1947 inne. Dieser half

<sup>37</sup> Vgl. ebenda, S. 76.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu Eckart Conze, Hegemonie durch Integration? Die amerikanische Europapolitik und ihre Herausforderung durch de Gaulle, in: VfZ 43 (1995), S. 297–340, vor allem S. 297–311.

<sup>39</sup> Vgl. Gunther Mai, Dominanz oder Kooperation im Bündnis? Die Sicherheitspolitik der USA und der Verteidigungsbeitrag Europas 1945–1956, in: HZ 246 (1988), S. 327–364, hier S. 329f.

<sup>40</sup> Vgl. Michael J. Hogan, The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1952, Cambridge 1987, S. 26.

<sup>41</sup> Ebenda.

Westeuropa ökonomisch zu revitalisieren – bei eindeutiger Ausrichtung des Handels auf die westliche Hemisphäre –, stabilisierte die westeuropäischen Staaten, die entstehende Bundesrepublik eingeschlossen, und immunisierte sie damit gegen sowjetische Expansions- und Durchdringungsversuche<sup>42</sup>.

In diesem Kontext spielt der Begriff „Dritte Kraft Europa“ eine wichtige Rolle: Der Marshall-Plan sollte nämlich unter anderem auch die Notwendigkeit eines amerikanisch-europäischen Militärpakts beseitigen. Er war insofern nicht, wie vielfach behauptet, Meilenstein auf dem Weg zur NATO und zu dauerhafter militärischer US-Präsenz in Europa<sup>43</sup>. Noch 1948 favorisierte das amerikanische Außenministerium die Integration Europas als „Dritte Kraft“: „(. . .) not merely the extension of US influence but a real European organization strong enough to say ‚no‘ both to the Soviet Union and to the United States, if our actions should seem so to require“<sup>44</sup>. Erst nach der NATO-Gründung 1949, insbesondere aber seit dem Koreakrieg, verlor diese Zielsetzung ihre politische Bedeutung. Die Ablösung von wirtschaftlicher Aufbauhilfe durch Militärhilfe und die langfristige Stationierung amerikanischer Truppen in Europa marginalisierten den Gedanken der „Dritten Kraft“ und ließen statt dessen das Ziel einer Atlantischen Gemeinschaft als Sicherheitsgemeinschaft in den Vordergrund treten. In diesem Sinne war die „Dritte Kraft Europa“, von der auch Eisenhower sprach<sup>45</sup>, nur mehr ein zweites Kraftzentrum innerhalb des westlichen Lagers, durch vielfältige Bande politischer, ökonomischer und militärischer Art mit der Hegemonialmacht USA verbunden.

Auch am Ende der fünfziger Jahre waren es nicht allein militärische oder sicherheitspolitische Argumente, die Washington an seiner Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses und, in dessen Kern, der deutsch-französischen Aussöhnung festhalten ließen<sup>46</sup>. Es wurde zu einem zentralen Anliegen der amerikanischen Außenpolitik spätestens seit Ende der fünfziger Jahre, die europäische Einigung weiter zu unterstützen – selbst in Anbetracht der gegen die amerikanische Hegemonie über Westeuropa gerichteten Politik de Gaulles –, dabei aber das stetig an Eigengewicht gewinnende Westeuropa weiterhin in der Rolle des kollektiven Juniorpartners in der atlantischen Gemeinschaft zu halten. Kennedys „Grand Design“, dessen Konturen sich freilich schon in den letzten Jahren der Eisenhower-Administration abzeichneten, war der Versuch, die beiden europapolitischen Imperative miteinander zu verknüpfen: politisch durch die Unterstützung des britischen EWG-Beitritts, ökonomisch durch den Trade Expansion Act von 1962 und militärisch-sicherheitspolitisch durch eine Beteiligung der europäischen Staaten an nuklearen Entscheidungsprozessen, ohne indessen am nuklearen Primat der USA zu rühren. Ein unabhängiges europäisches Nuklearpotential bejahten weder Eisenhower<sup>47</sup> noch Kennedy<sup>48</sup>. Insofern wäre Wengers nuklear- und sicherheitspolitische Begründung der amerikanischen

<sup>42</sup> Zu den langfristigen Zielsetzungen des Marshall-Plans vgl. grundlegend Charles S. Maier, Die konzeptuellen Grundlagen des Marshall-Plans, in: Othmar N. Haberl/Lutz Niethammer (Hrsg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke, Frankfurt a. M. 1986, S. 47–58.

<sup>43</sup> Vgl. Mai, Dominanz, S. 334f.

<sup>44</sup> Foreign Relations of the United States 1948, Bd. III, S. 11 f.

<sup>45</sup> Vgl. Wenger, Der lange Weg zur Stabilität, S. 76.

<sup>46</sup> Vgl. Conze, Gaullistische Herausforderung, S. 88–120.

<sup>47</sup> Dies im Gegensatz zu der Behauptung bei Wenger, Der lange Weg zur Stabilität, S. 76.

<sup>48</sup> Vgl. hierzu Hoppe, Teilhabe und Mitsprache, S. 31–155; Colette Barbier, La force multilatérale, in: Relations internationales 69 (1992), S. 3–18.

Europapolitik unter Eisenhower durch andere Faktoren zu erweitern, seine Folgerung bezüglich einer europäischen Nuklearstreitmacht zu relativieren und schließlich der Begriff „Dritte Kraft Europa“ zu präzisieren.

### Systemstabilisierung und Systemüberwindung

Wer die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems in den frühen sechziger Jahren, die zentral war für den Übergang vom Kalten Krieg zur Entspannung, primär der Existenz nuklearer Waffen zuschreibt – und nicht anderes tut Wenger ja, wenn er auch die deutsche Frage im Kern zu einer nuklearen Frage erklärt –, läßt viele Aspekte außer acht und greift auch mit Blick auf die systemischen Strukturen des Ost-West-Konflikts zu kurz. Nuklearwaffen und insbesondere die Ausbildung eines nuklearstrategischen Gleichgewichts mit wechselseitig gesicherter Zweitschlagfähigkeit trugen zur Systemstabilisierung bei. In der Tat waren Atomwaffen vor allem für Washington und Moskau eine Art Kristallkugel, die den politischen Entscheidungsträgern die Folgen eines Krieges im Nuklearzeitalter sichtbar machte. In den 13 Tagen der Kuba-Krise wurde dies besonders deutlich. Die Neigung von Staaten, Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen, nimmt ab, wenn sie – im Gegenzug – ihre eigene Zerstörung zu gewärtigen haben: Nuklearwaffen erzeugen gleichsam einen kriegsverhindernden Pessimismus<sup>49</sup>. Doch nukleare Abschreckung allein erklärt noch nicht, warum der Ost-West-Konflikt zwar Phasen von Spannung und Entspannung hatte, nicht aber zu einer direkten militärischen Konfrontation führte. John L. Gaddis argumentiert in diesem Zusammenhang, daß es der amerikanisch-sowjetischen Bipolarität bedurfte, des Endes eines multipolaren internationalen Systems, um dem „nuklearen Frieden“ Dauerhaftigkeit zu verleihen<sup>50</sup>. Auch ohne die Existenz atomarer Waffen wäre nach dem Zweiten Weltkrieg ein bipolares internationales System mit den USA und der Sowjetunion als Trägern dieser Bipolarität entstanden. Die „duale Hegemonie“, welche die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, wenn auch auf ganz unterschiedlichen Grundlagen ruhend, über das internationale System ausübten, trug ebenfalls zum Erhalt der systemischen Stabilität im Ost-West-Konflikt bei. In jeder Phase des Kalten Krieges, besonders aber seit Anfang der sechziger Jahre, und trotz verschiedener bilateraler Krisen ordneten die beiden Supermächte ihre Beziehungen wie auch ihre internationale Politik im allgemeinen so, daß sie weder in einen Krieg stolperten, noch andere Mächte die Möglichkeit hatten, das internationale System zu erschüttern oder gar aus den Angeln zu heben<sup>51</sup>.

Solche systembezogenen Überlegungen ersetzen gewiß nicht die historische Untersuchung insbesondere derjenigen Phasen, in denen der Ost-West-Konflikt seinen Aggregatzustand veränderte, wie beispielsweise in den frühen sechziger Jahren. Und sie sind

<sup>49</sup> Vgl. hierzu John L. Gaddis, *Great Illusions, the Long Peace, and the Future of the International System*, in: Ders., *The United States and the End of the Cold War. Implications, Reconsiderations, Provocations*, New York/Oxford 1992, S. 168–192, hier S. 171. Zum „kriegsverhindernden Pessimismus“ vgl. Geoffrey Blainey, *The Causes of War*, New York 1988, S. 53 f.

<sup>50</sup> Vgl. Gaddis, *Great Illusions*, S. 172 f.

<sup>51</sup> Vgl. ebenda, S. 176. Gaddis verweist als Beleg für das Ende der „dualen Hegemonie“ und des gemeinsamen „hegemonialen Managements“ von USA und Sowjetunion seit 1989 auf den Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait im August 1990: „This was exactly the kind of crisis that tends to occur when hegemons cease to behave in a hegemonic manner.“ Ebenda, S. 178 f.

auch nicht dazu angetan, die Rolle historischer Persönlichkeiten und ihrer Entscheidungen zu schmälern. So sehr politische, wirtschaftliche oder militärische Entscheidungs- und Verantwortungsträger dazu beitrugen, einen kriegerischen Austrag des Ost-West-Konflikts zu verhindern, so sehr waren gerade auch politische Entscheidungen zentral mitbestimmt durch die Konditionen des internationalen Systems, wie es sich seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hatte. Hält man sich die Natur dieses Systems vor Augen, so wird man die „Erkenntnis, daß die Sicherheit Europas langfristig nur auf der Basis des territorialen und nuklearen Status quo gewährleistet werden konnte“, nicht ohne weiteres als „staatsmännische Leistung“ charakterisieren können<sup>52</sup>. Es war nicht eine von den beiden „Staatsmännern“ Kennedy und Chruschtschow klug ins Werk gesetzte Politik, die zu einer Stabilisierung des europäischen Status quo und, darauf aufbauend, zu einer Politik der Entspannung führte, sondern viel eher die Erkenntnis, daß der Ost-West-Konflikt andauern würde und daß die durch ihn geschaffenen Strukturen nur gewaltsam – und das hieß im Nuklearzeitalter eben nicht – zu verändern waren. Deshalb blieb trotz des Übergangs vom Kalten Krieg zur Détente der Ost-West-Konflikt, der natürlich mehr war als nur ein Machtkonflikt zwischen zwei Blöcken<sup>53</sup>, in seinem Kern ein Konflikt zwischen zwei Blöcken, zwischen Ost und West. Die Entspannungspolitik, die Anfang der sechziger Jahre begann, führte nicht zu einer Auflösung der Blöcke, nicht zur Verwischung ihrer Grenzen und auch nicht zur Entstehung neuer Blöcke oder dritter Akteure zwischen Ost und West. Die Formen der Konfliktaustragung änderten sich, Brisanz und Bedrohlichkeit der Konfrontation ließen nach, doch ihre grundlegenden Strukturen blieben bis an die Schwelle der neunziger Jahre erhalten. Und wer auf die Stabilität der Sicherheitsstrukturen in den Ost-West-Beziehungen blickt, der darf den Preis nicht vergessen, den diese Stabilität kostete. Sie hatte zwei fundamentale Rahmenbedingungen: Zum einen die Tatsache, daß über 40 Jahre lang Krieg in Europa nur durch das Risiko des Atomkriegs und der atomaren Vernichtung verhindert wurde. Diese ost-westliche Interessenkoinzidenz machte die Sowjetunion, welche Westeuropa länger als vier Jahrzehnte lang bedrohte, gleichzeitig zu einem wichtigen Träger der „Sicherheitskultur“ des Ost-West-Konflikts<sup>54</sup>. Zum anderen jedoch beruhten Sicherheit und Stabilität in den Ost-West-Beziehungen auf der wechselseitigen Anerkennung der Machtverteilung zumindest auf der nördlichen Erdhalbkugel. Mit anderen Worten: Sie basierten auch auf der faktischen westlichen Akzeptanz der kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnungen, der Unfreiheit der Menschen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs. Um den Ost-West-Konflikt zu beenden, wenn er denn überhaupt schon zu Ende gegangen ist<sup>55</sup>, bedurfte es daher

<sup>52</sup> Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S. 97. Zu der in den letzten Jahren erheblich kritischer gewordenen Bewertung der Außenpolitik John F. Kennedys vgl. beispielsweise die Beiträge in: Thomas G. Paterson (Hrsg.), *Kennedy's Quest for Victory: American Foreign Policy, 1961–1963*, New York/Oxford 1989.

<sup>53</sup> Vgl. Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S. 97.

<sup>54</sup> Vgl. hierzu Uwe Nerlich, *Europäische Sicherheitskultur: Das Ziel und der Weg*, in: Albrecht Zunker (Hrsg.), *Weltordnung oder Chaos? Beiträge zur internationalen Politik*, Baden-Baden 1993, S. 21–36, hier S. 21.

<sup>55</sup> Zum grundsätzlichen Konfliktpotential in den Ost-West-Beziehungen auch nach 1989/91 und jenseits außen- und sicherheitspolitischer Probleme wie beispielsweise im Zusammenhang mit der Ost-Erweiterung der NATO, vgl. den kurzen Problemaufriß in: Reimund Seidelmann/Michael Krennerich, *Ost-West-Beziehungen*, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik*, Bonn 1995, S. 488–493, vor allem S. 491 f. (mit weiterführenden Literaturhinweisen).

mehr als nur einer Fortsetzung der Entspannungspolitik der sechziger Jahre. Die Akzeptanz des Status quo war zwar Voraussetzung dafür, ihn später zu überwinden. Doch die Entwicklung bis dahin war komplexer und vor allem unvorhersehbarer, als es das rein lineare und reduktionistische Interpretationsmuster Wengers nahelegt. Die Geschichte eines Vierteljahrhunderts, die zum Teil dramatischen Entwicklungen der internationalen Beziehungen, aber auch die Veränderungen in den Staaten und Gesellschaften, insbesondere des Ostens, lassen sich nicht in einem Halbsatz abtun. Der „benefit of hindsight“ ist für den Historiker von hohem heuristischen Nutzen. Er sollte jedoch nicht die Einsicht in die grundsätzliche Offenheit geschichtlicher Entwicklungen relativieren oder gar verdrängen.